

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Sitzungsdokument

11.9.2007

B6-0000/2007

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht im Anschluss an Erklärungen des Rates und der Kommission

gemäß Artikel 103 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von Ria Oomen-Ruijten

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

zu den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei

Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. Dezember 2004 zu dem Regelmäßigen Bericht 2004 und der Empfehlung der Kommission zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt¹,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 28. September 2005 zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei²,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 27. September 2006 zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt³,
 - unter Hinweis auf seine Entschließungen zu den Strategiepapieren der Kommission über die Erweiterung⁴,
 - unter Hinweis auf den Verhandlungsrahmen für die Türkei vom 3. Oktober 2005,
 - unter Hinweis auf den Beschluss des Rates vom 23. Januar 2006 über die Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit der Türkei⁵,
 - in Kenntnis des Fortschrittsberichts der Kommission 2006 über die Türkei (SEK(2006)1390),
 - in Kenntnis der Mitteilung der Kommission – Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen für den Zeitraum 2006-2007 (KOM(2006)649),
 - gestützt auf Artikel 103 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass die Verhandlungen mit der Türkei nach Billigung des Verhandlungsrahmens durch den Rat am 3. Oktober 2005 eröffnet wurden, sowie in der Erwägung, dass die Aufnahme dieser Verhandlungen der Beginn eines langen Prozesses mit offenem Ende ist,
- B. in der Erwägung, dass die Türkei sich selbst zur Durchführung von Reformen, zur Pflege gutnachbarlicher Beziehungen und zu einer allmählichen Annäherung an die EU verpflichtet hat,

¹ ABl. C 226 E vom 15.9.2005, S. 189.

² ABl. C 227E vom 21.9.2006, S. 163.

³ Angenommene Texte, P6_TA(2006)00381.

⁴ Angenommene Texte, P6_TA(2006)0096.

Angenommene Texte, P6_TA(2006)0568.

⁵ ABl. L 22 vom 26.1.2006, S. 34.

- C. in der Erwägung, dass eine vollständige Einhaltung aller Kopenhagener Kriterien die Grundlage für den Beitritt zur EU bleibt,
 - D. in der Erwägung, dass die Türkei die Bestimmungen aus dem Assoziierungsabkommen und dem dazugehörigen Zusatzprotokoll noch nicht vollständig umgesetzt hat,
 - E. in der Erwägung, dass sich das Tempo der Reformen in der Türkei nach einer beeindruckenden Reformwelle zwischen 2002 und 2004 verlangsamt hat,
 - F. in der Erwägung, dass die neue Regierung nach den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 22. Juli ein Programm für künftige Reformen vorlegen muss,
1. fordert die Kommission auf, in ihrem regelmäßigen Bericht die Themen aufzugreifen, die die Türkei vorrangig in Angriff nehmen muss, wobei sie vor allem auf die Vollendung der kurzfristigen und mittelfristigen Prioritäten, die in der Beitrittspartnerschaft dargelegt sind, eingehen sollte, und den in dieser Entschließung erwähnten Aspekte besondere Aufmerksamkeit widmen sollte; erwartet, dass die Kommission alle geeigneten Mittel ausschöpft, um den Reformprozess effizient zu unterstützen und die Türkei daran zu erinnern, dass die Einhaltung ihrer Zusagen im Rahmen des durch die Beitrittspartnerschaft festgelegten Zeitplans für die Glaubwürdigkeit des Landes von herausragender Bedeutung ist;
 2. beglückwünscht die Türkei dazu, dass sie freie und faire Wahlen abgehalten hat, wie dies von der Wahlbeobachtungsmission der OSZE/ODIHR und einer Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) bezeugt wurde; begrüßt, dass die Wahlen zu einer besseren Repräsentativität der Großen Türkischen Nationalversammlung geführt haben, und ermuntert die neu gewählten Abgeordneten, sich für die Umwandlung der Türkei in eine stabile Demokratie einzusetzen;
 3. erwartet von der neuen türkischen Regierung, die ein starkes Mandat erhalten hat und das Vertrauen der Öffentlichkeit genießt, dass sie den Reformprozess beschleunigt, um die in der Beitrittspartnerschaft festgelegten Verpflichtungen einzuhalten; fordert die Regierung auf, sich um einen breiten Konsens innerhalb des türkischen Parlaments zu wichtigen verfassungspolitischen Themen zu bemühen; weist darauf hin, dass die Entwicklung der Türkei zu einem demokratischen und wohlhabenden Staat, in dem Rechtsstaatlichkeit herrscht, für die Türkei, ihre Gesellschaft und die EU von strategischer Bedeutung ist;
 4. begrüßt die positive wirtschaftliche Entwicklung der Türkei in den vergangenen Jahren, hält es jedoch für wesentlich, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und eine Reformstrategie auszuarbeiten, mit der der soziale Zusammenhalt der türkischen Gesellschaft verstärkt werden kann;
 5. begrüßt die Bemühungen der türkischen Regierung, sich dem Besitzstand der EU im Bereich der Energie anzunähern; plädiert für eine weitere Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei im Bereich der Energie, die auf eine Verstärkung der Sicherheit im Bereich der Energieversorgung abzielt, den Einsatz erneuerbarer Energiequellen und Investitionen in die Energieeffizienz fördert;
 6. stellt fest, dass die Rolle der Türkei im Verkehr und in der Logistik in den kommenden

Jahren an Bedeutung gewinnen wird; fordert die Kommission auf, einen Sonderbericht über die jüngsten Entwicklungen und künftigen Herausforderungen auf diesem Gebiet vorzulegen;

7. ist besorgt über die wiederholte Einmischung der türkischen Streitkräfte in die Politik; weist mit Nachdruck darauf hin, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um eine vollständige zivile Kontrolle über das Militär zu erreichen; unterstreicht, dass die Formulierung der nationalen Sicherheitsstrategie und ihre Umsetzung durch zivile Behörden überwacht werden sollte; fordert die Einrichtung einer uneingeschränkten parlamentarischen Kontrolle des Militärs und der Verteidigungspolitik und aller damit im Zusammenhang stehenden Ausgaben;
8. begrüßt den Dialog der Zivilgesellschaft zwischen der EU und der Türkei und fordert die Kommission auf, über die Aktivitäten zu berichten, die innerhalb dieses Rahmens stattgefunden haben; unterstreicht die Bedeutung zunehmender Kontakte zwischen der Zivilgesellschaft in der Türkei und in der EU; fordert die Kommission auf, in den einzelnen Regionen der Türkei verstärkt präsent zu sein und die Zivilgesellschaft gezielt zu unterstützen; fordert die neue türkische Regierung auf, ihre Zivilgesellschaft als wichtiger Eckstein der Demokratie in der Türkei intensiver in den Reformprozess einzubinden;
9. verweist auf seine Entschliebung von 2006 zur Türkei, insbesondere auf die Absätze über die Reformen, die notwendig sind, damit die Justiz besser funktioniert, die grundlegenden Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Rechte der Frau geachtet werden, eine Politik der „Null Toleranz“ gegenüber Folter sowie der Schutz der Minderheitenrechte und der kulturellen Rechte umgesetzt werden; wartet vor einer Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung dieser Reformen die Ergebnisse der intensiven Überwachung der politischen Kriterien ab, die die Kommission im Rahmen ihrer letzten Erweiterungsstrategie angekündigt hat; fordert die Kommission auf, diese Ergebnisse unverzüglich zu veröffentlichen;
10. fordert die neue türkische Regierung mit Nachdruck auf, die Bestimmungen aus dem Assoziierungsabkommen und dem dazugehörigen Zusatzprotokoll vollständig umzusetzen; weist darauf hin, dass die in der Beitrittspartnerschaft erwähnte Nichteinhaltung von Zusagen seitens der Türkei die Verhandlungen weiterhin ernsthaft beeinträchtigen wird;
11. bedauert, dass eine Reihe von Personen immer noch nach Artikel 301 des Strafgesetzbuches verfolgt werden, und fordert die Regierung mit Nachdruck auf, ihre parlamentarische Mehrheit einzusetzen, um zu gewährleisten, dass die Bestimmungen, nach denen willkürliche Einschränkungen bei der Äußerung von Meinungen, in denen nicht zur Gewalt aufgerufen wird, aufgehoben werden, und dass die Meinungsfreiheit und die Pressefreiheit gewährleistet werden;
12. weist mit Nachdruck darauf hin, dass es notwendig ist, unverzüglich ein Gesetz über Stiftungen anzunehmen, in dem die derzeitige Rechtsunsicherheit für religiöse Minderheiten angegangen und ein klarer und deutlicher Rechtsrahmen ausgearbeitet wird, mit dem diese Minderheiten ihre Religion frei ausüben können und es ihnen u.a. gestattet wird, Eigentum zu besitzen und den Klerus auszubilden; teilt die Besorgnis, die der Rat

am 24. Juli über das jüngste Urteil des Türkischen Kassationsgerichtshofes zum Ökumenischen Patriarchat geäußert hat; fordert die neue türkische Regierung mit Nachdruck auf, ihre Vorgehensweise gegenüber religiösen Minderheiten mit den Grundsätzen der Religionsfreiheit in Einklang zu bringen; fordert die Kommission auf, diese Themen bei der neuen Regierung anzuschneiden;

13. verurteilt schärfstens den Mord an Hrant Dink, den Mord an drei Christen in Malatya, den Terroranschlag in Ankara und alle anderen politisch begründeten Gewaltakte; erwartet von den türkischen Behörden, dass sie diese Fälle vollständig aufklären und die Verantwortlichen vor Gericht bringen; weist mit Nachdruck darauf hin, dass es dringend notwendig ist, alle Formen von Extremismus und Gewalt wirksam zu bekämpfen und sie aus allen Ebenen des öffentlichen Lebens in der Türkei zu verbannen; fordert die türkische Regierung auf, den Schutz für diese Gruppen, Minderheiten oder Personen, die sich bedroht fühlen, zu verstärken;
14. fordert die neue Regierung auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um zu gewährleisten, dass die Gewerkschaftsrechte in Übereinstimmung mit den europäischen und den IAO-Normen uneingeschränkt geachtet werden; fordert die Regierung ferner auf, einen intensiveren sozialen Dialog zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zu unterstützen; fordert die Kommission auf, dieses Thema bei der neuen Regierung zur Sprache zu bringen;
15. stellt fest, dass viele Frauen in der Türkei in der Wirtschaft und in der akademischen Welt eine starke Stellung einnehmen, und dass mehr Frauen ins Parlament gewählt wurden; unterstreicht, dass der Zugang zur Bildung für Frauen und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit Schlüsselaspekte für ein weiteres Wirtschaftswachstum und Wohlstand in der Türkei sind;
16. weist darauf hin, dass für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Südosten der Türkei eine umfassende Strategie notwendig ist; fordert die Kommission auf, darzulegen, wie das Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt genutzt werden kann, um die Anstrengungen zu unterstützen, die die neue türkische Regierung zur Entwicklung des Südostens unternehmen muss, und diese Unterstützung mit anderen internationalen Finanzinstituten zu koordinieren;
17. verurteilt zutiefst die von der PKK und anderen Terrorgruppen auf türkischem Boden begangene Gewaltakte; bekundet seine Solidarität mit der Türkei bei der Bekämpfung des Terrorismus; fordert die Türkei jedoch nachdrücklich auf, auf einseitige Schritte, mit denen sie die Territorialität des Irak verletzt, zu verzichten;
18. misst der Verpflichtung der Türkei zu gutnachbarlichen Beziehungen entsprechend den Erfordernissen des Verhandlungsrahmens große Bedeutung bei; bekräftigt seine Erwartung, dass die Türkei auf eine Wirtschaftsblockade, eine Abriegelung der Grenzen, auf Drohungen oder Konflikt fördernde militärische Aktivitäten gegen die Nachbarländer verzichten wird; wiederholt seine Forderung an die türkische und an die armenische Regierung, einen Prozess der Versöhnung einzuleiten;
19. bedauert, dass bei der Suche nach einer umfassenden Lösung der Zypern-Frage keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen sind; wiederholt seine Aufforderung an beide

Parteien, eine konstruktive Haltung zugunsten einer umfassenden Lösung innerhalb des UN-Rahmens auf der Grundlage der Prinzipien, auf die die EU sich stützt, einzunehmen;

20. begrüßt die Einrichtung eines Instruments der finanziellen Unterstützung zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der türkisch-zyprischen Gemeinschaft; fordert die Kommission auf, einen eigenen Bericht über die Wirksamkeit dieses Instruments vorzulegen;
21. hebt die Bedeutung der Rolle der Türkei in der Region des Schwarzen Meers hervor sowie die Bedeutung ihrer engen Beziehungen mit der zentralasiatischen Region; fordert die Kommission auf, ihre Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung zu intensivieren, was die Politik der EU gegenüber diesen Regionen betrifft;
22. erinnert die Kommission daran, dass es um die Vorlage eines Folgeberichts über die 2004 vorgelegte Folgenabschätzung gebeten hat, und fordert, diesen Bericht im Jahr 2004 entgegennehmen zu können;
23. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission sowie der Regierung und dem Parlament der Türkei zu übermitteln.